

Heike Holbig

Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer

Jiang Zemins theoretischer „Durchbruch“ und die praktischen Konsequenzen

Gliederung

- Einleitung
- Jiang Zemins Rede
 - Die „Drei Repräsentationen“
 - Die Frage der Parteimitgliedschaft von Privatunternehmern
- Theoretische Kontroversen
 - Pro-Argumente
 - Contra-Argumente
- Praktische Konsequenzen
 - Verstärkter Kontrollzugriff der Partei
 - Verbesserte Möglichkeiten politischer Teilhabe

Einleitung

Am 1. Juli 2001 hielt Jiang Zemin in seiner Funktion als Generalsekretär der KPCh eine knapp zweistündige „wichtige Rede“, die im staatlichen Fernsehen landesweit ausgestrahlt wurde. Anlass war der achtzigste Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas, als deren Gründungstag traditionell der 1. Juli 1921 gilt. Für Jiang Zemin bot der Jahrestag eine der letzten großen Gelegenheiten, sein ideologisches Vermächtnis zu formulieren und sich damit in die Reihe Mao Zedongs und Deng Xiaopings zu stellen, bevor im Herbst 2002 auf dem XVI. Parteitag die vierte Führungsgeneration der KPCh nachrücken wird. Jiang Zemin wird dann zwar voraussichtlich noch das Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission beibehalten, sein gegenwärtiges Amt des Generalsekretärs der Partei – sowie das auf zwei Perioden befristete Amt des Staatspräsidenten – aber aufgeben.

Die hohen Erwartungen, die sich somit an seine Rede knüpften, enttäuschte Jiang Zemin nicht. Vielmehr setzte er gewissermaßen einen „theoretischen Paukenschlag“, indem er explizit ankündigte, dass sich die Kommunistische Partei künftig für Privatunternehmer öffnen werde. Implizit revidierte er damit eine „Mitteilung des Zentralkomitees der KPCh zur Stärkung des Parteaufbaus“ vom August 1989, welches die Aufnahme von Privatunternehmern – eine damals gerade neu entstandene soziale Gruppe – in die Partei grundsätzlich ausgeschlossen hatte (ZK-Dokument No.9, 1989). Jiang Zemin soll damals in der

ihm eben zuvor übertragenen Funktion als Generalsekretär der Partei selbst geäußert haben: „Ich stimme der in dem Dokument [...] niedergelegten Auffassung zu, dass Privatunternehmer nicht in die Kommunistische Partei aufgenommen werden können. Unsere Partei ist die Vorhut der Arbeiterklasse – wenn wir da Leute aufnehmen, die nicht freiwillig von der Ausbeutung [anderer] ablassen und ihren Lebensunterhalt durch Ausbeutung bestreiten, was für eine Partei würden wir da aufbauen?“¹

Die offiziellen chinesischen Medien stellten in erster Linie den starken Innovationscharakter der Rede Jiang Zemins, insbesondere der Theorie der „Drei Repräsentationen“ (*san ge daibiao*)² heraus. Jiang habe damit einen wichtigen „Durchbruch“ erreicht, dessen Bedeutung durchaus gleichrangig sei mit den theoretischen Leistungen eines Mao Zedong, der den Leninismus erfolgreich auf die chinesischen Verhältnisse angewandt und die chinesische Revolution so zum Sieg geführt habe, und eines Deng Xiaoping, der das Konzept eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ entwickelt habe. Jenen konkreten Durchbruch, wonach in Zukunft Privatunternehmer Aufnahme in die KPCh finden sollen, nannten die meisten offiziellen Berichte allerdings nicht beim Namen, eine Tatsache, die auf den sensitiven Charakter dieser Thematik hinweist. Demgegenüber konzentrierten sich die internationalen Medien auf die „Zulassung von Kapitalisten in die Partei“, die sie in der Mehrzahl mit überraschter Genugtuung zur Kenntnis nahmen: Endlich, so der Tenor der internationalen Berichterstattung, sei die Volksrepublik auch offiziell dort angekommen, wo man sie schon lange vermutet habe – im Kapitalismus.

Tatsächlich stellte die jüngste Ankündigung Jiang Zemins keine völlige Überraschung dar, vielmehr hatte sie sich bereits seit längerem angebahnt. Seit über einem Jahr wurde in Parteikreisen eine höchst kontroverse ideologische Debatte darüber geführt, ob Privatunternehmer als Parteimitglieder zugelassen werden sollten oder nicht. Auslöser war der ideologische Vorstoß gewesen, den Jiang Zemin im Frühjahr 2000 mit seinem Konzept der „Drei Repräsentationen“ gemacht hatte³: Implizit war dieses – zunächst als reine Worthülse erscheinende – Konzept nämlich dahingehend deutbar, dass die Partei auch die Interessen von Gruppen außerhalb des „anerkannten Reigens“ von Werktätigen, Bauern, Militärs und Intellektuellen zu vertreten habe, sofern diese der Entwicklung der Produktivkräfte zuträglich seien. Die nun verkündete Entscheidung Jiang Zemins, die Partei für Privatunternehmer zu öffnen, zeigt ein weiteres Mal die praktische Tragweite, die ideologische Debatten in China auch heute noch entfalten können.

Im Folgenden sollen zunächst die Ausführungen Jiang Zemins in seiner Rede vom 1. Juli im Überblick dargestellt werden. Um die argumentative Strategie nachzuvollziehen, die Jiang zur ideologischen Rechtfertigung seiner durchaus sensitiven Botschaft einer Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei wählte, wird es zuvor nötig sein, in einem Exkurs das marxistisch geprägte Kon-

¹Ye Tan, „Laoban dangyuan' 'laoban shuji' fuchu de zhenglun“ [Die Kontroverse um 'Firmenbosse als Parteimitglieder' und 'Firmenbosse als Parteisekretäre'], in: JB, 2000/6, S.21-23, hier S.23.

²Die Inhalte dieser Theorie werden unten ausführlich dargestellt.

³Vgl. C.a., 2000/4, Ü 14.

zept der „Drei Repräsentationen“ zu skizzieren. Anschließend sollen die Hauptargumente der kontroversen theoretischen Debatte im Hintergrund der jüngsten Ankündigung zusammengefasst werden. Zuletzt werden die möglichen praktischen Konsequenzen aus einer Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh beleuchtet, die für die Stellung des chinesischen Privatsektors und für die zukünftige Entwicklung der Partei selbst erwartet werden können.

Jiang Zemins Rede

Die „Drei Repräsentationen“

In seiner knapp zweistündigen Rede, die er am Vormittag des 1. Juli vor dem Zentralkomitee der Partei in der Großen Halle des Volkes verlas,⁴ entwarf Jiang Zemin mit seiner Theorie der „Drei Repräsentationen“ zunächst das logische Gerüst für die Ableitung des politischen Herrschaftsanspruches der KPCh. Diese Theorie ist für chinesische Kader, die sich bereits seit über einem Jahr intensiv damit befassen mussten, keineswegs neu. Trotz ihrer etwas schwerfälligen, zirkelschlussartigen Argumentation ist sie aber im Kontext der hiesigen Analyse deshalb interessant, weil sie die ideologische Grundlage liefert, um der Gruppe der Privatunternehmer, die traditionell ja eindeutig der „kapitalistischen Ausbeuterklasse“ zuzurechnen war, einen legitimen Vertretungsanspruch nicht nur durch die, sondern sogar in der KPCh zuzugestehen.

Gemäß der Theorie der „Drei Repräsentationen“ wird die KPCh dann – und nur dann – in der Lage sein, das chinesische Volk auch in der Zukunft „von Sieg zu Sieg zu führen“, wenn sie jeweils an der „vordersten Front“ der Entwicklung bleibt. Dies aber sei nur möglich, wenn die Partei konstant „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas [1], die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas [2] und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung (*zui guangda renmin de genben liyi*) Chinas [3] repräsentier[e]“. Nur wenn diese drei „Anforderungen“ erfüllt würden, könne die KPCh ihr „fortschrittliches Wesen“ bewahren und die fortgesetzte gesellschaftliche Unterstützung für ihre politische Herrschaft finden.

Zur ersten „Anforderung“ führte Jiang aus, dass die Programmatik ebenso wie die konkrete Politik der Partei darauf ausgerichtet sein müsse, die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, insbesondere der fortschrittlichen Produktivkräfte voranzutreiben und damit den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben. Die Entwicklung der Produktivkräfte sei der wichtigste Faktor, der über die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt bestimme, und die Aufgabe eines sozialistischen Staates sei es, die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen in Übereinstimmung mit den Produktionskräften zu bringen. Hier, in der Frage der Produktionsverhältnisse, unterschieden sich Sozialismus und Kapitalismus grundsätzlich und erweise der Sozialismus seine Überlegenheit über den Kapitalismus. Dadurch, dass die KPCh als „Vorhut

der Arbeiterklasse“ die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes an die zentrale Stelle ihrer Politik gesetzt habe, sei sie, insbesondere seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik, dieser Anforderung nachgekommen. Auch für die Zukunft müssten alle Parteigenossen ihre Arbeit zuallererst daran überprüfen, ob diese der Entwicklung der fortschrittlichen Produktivkräfte genüge. Da man sich nach wie vor in der „Anfangsphase des Sozialismus“ befinde, die notwendigerweise noch gewisse „rückständige“ Züge trage, werde die Entwicklung der Produktivkräfte, allen voran Wissenschaft und Technologie, noch für lange Zeit die zentrale Aufgabe bleiben; neben öffentlichem Eigentum als der Haupteigentumsform müssten auch andere, vielfältige Eigentumsformen parallel entwickelt werden.

Auf dieser Grundlage müsse die KPCh ferner der zweiten „Anforderung“ gerecht werden und die Entwicklungsrichtung der fortschrittlichen materiellen und geistigen Kultur Chinas repräsentieren. Dabei gelte es, die ideologischen und ethischen ebenso wie die wissenschaftlichen und kulturellen Qualitäten der Nation fortzuentwickeln und eine Kultur mit spezifisch chinesischem Charakter sowie eine sozialistische geistige Zivilisation aufzubauen. Die Bürger des Landes sollten hohe Ideale, moralische Integrität, einen höheren Bildungsstand sowie Disziplin in sich vereinen; rückständige Erscheinungen wie Geldgier, Hedonismus, extremer Egoismus, Aberglaube, Unwissen, Dekadenz und Vulgarität sollten ausgeremert und an ihrer Stelle Patriotismus, Kollektivismus, Sozialismus, ein nationales Selbstwertgefühl und Stolz vermittelt werden.

Bezüglich der dritten „Anforderung“ betonte Jiang, dass die Repräsentation der fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung als „Ausgangspunkt und letztendliches Ziel“ der Partei zu verstehen sei. Denn darin unterscheide sich die KPCh, die sich mit „Herz und Seele“ für die Belange des Volkes einsetze, von „allen politischen Parteien der Ausbeuterklasse“. Das allgemeine Interesse des Volkes setze sich aus vielen spezifischen Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen zusammen, daher gelte es, diese Interessen auszugleichen und den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Partei selbst verfolge dabei keinerlei Eigeninteressen, und in keiner Weise ginge es an, dass einzelne Kader aus ihrer Parteimitgliedschaft persönliche Vorteile zu realisieren suchten. Nur, wenn die Partei selbstlos den Massen diene, könne sie die enge Verbindung mit dem Volk aufrechterhalten und unbesiegbar bleiben.

Die „Drei Repräsentationen“ stünden in einem engen wechselseitigen Verhältnis zueinander und bildeten ein integrales Ganzes. Insbesondere hänge von der erfolgreichen Vertretung der fortschrittlichen Produktivkräfte durch die Partei [1] ab, inwieweit auch die fortschrittliche chinesische Kultur entwickelt [2] und die fundamentalen Interessen der Bevölkerung verwirklicht [3] werden könnten.

Die Frage der Parteimitgliedschaft von Privatunternehmern

Wie im Folgenden zu erkennen sein wird, setzte Jiang Zemin die hier skizzierte Theorie der „Drei Repräsentationen“ in seiner Rede gezielt zur ideologischen Rechtferti-

⁴Der vollständige Text von Jiang Zemins Rede ist abgedruckt in RMRB, 2.7.2001, S.1-3; die offizielle englische Übersetzung der Rede wurde noch am selben Tag von Xinhua veröffentlicht; XNA, 1.7.2001.

gung einer Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh ein. Diesem „Paukenschlag“ schickte er allerdings eine Warnung voraus, indem er mahnte, dass an den fundamentalen Aussagen des Marxismus als theoretische und ideologische Grundlage zwar weiterhin festzuhalten sei, der Marxismus sich jedoch mit der Zeit fortentwickeln müsse. „Wenn wir uns an einzelnen Thesen und spezifischen Handlungsanweisungen, die von den Verfassern der marxistischen Klassiker für bestimmte Situationen und unter bestimmten historischen Bedingungen formuliert worden sind, trotz der Veränderungen der historischen Bedingungen und entgegen den heutigen Realitäten dogmatisch festklammern, so werden wir Schwierigkeiten haben, zügig voranzuschreiten, und wir werden vielleicht sogar Fehler begehen.“⁵ Marx, Engels, Lenin, Mao Zedong und Deng Xiaoping hätten den Marxismus jeweils um wichtige theoretische Innovationen bereichert, die sie in enger Verbindung mit der realen Praxis gewonnen hätten; zuletzt habe Deng Xiaoping mit seiner Theorie des Aufbaus eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ einen hochgradig innovativen Beitrag geleistet. Nur durch fortgesetzte theoretische Neuerungen könne gewährleistet werden, dass die Partei an der „vordersten Front“ der Entwicklung bleibe.

Im Sinne der „Drei Repräsentationen“ müsse nun, so fuhr Jiang fort, einerseits das Wesen der Partei als „Vorhut der Arbeiterklasse“ und ihr fortschrittlicher Charakter bewahrt, andererseits zugleich die „Klassengrundlage der Partei im Licht der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts gestärkt, die Unterstützung des Volkes erweitert und der gesellschaftliche Einfluss erhöht“ werden. Insbesondere seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik habe sich die „Arbeiterklasse“ nicht nur beständig vergrößert, sondern sie habe auch politisch und fachlich ein deutlich höheres Niveau erreicht. Gerade durch die Einbeziehung der Intellektuellen, die ja ebenfalls als ein Teil der Arbeiterklasse gälten, sei deren allgemeiner Bildungsstand erheblich gestiegen. Seit der Einführung alternativer Eigentumsformen (neben der Hauptform des öffentlichen Eigentums) im Rahmen der sozialistischen Marktwirtschaft hätten sich zwar „bei einigen Arbeitern Veränderungen im Beschäftigungsverhältnis ergeben (*yixie gongren qunzhong de gongzuo gangwei fasheng bianhua*)“ – eine bemerkenswerte Umschreibung für die Existenz von selbständig Beschäftigten, Privatunternehmern und deren Belegschaften. Dies habe jedoch den Status der chinesischen Arbeiterklasse keineswegs verändert.⁶ Im Gegenteil habe diese Entwicklung die Qualität der Arbeiterklasse insgesamt verbessert und werde ihr langfristig zum Vorteil gereichen. Die KPCh müsse weiter die „Vorhut“ dieser fortschrittlichen „Arbeiterklasse“ bleiben und sich voll auf diese stützen.

Seit der Reformpolitik habe sich die „Zusammensetzung der sozialen Schichten (*shehui jiecheng*)“ in China zu einem gewissen Grad geändert. „Unter diesen sind Unternehmer, in Wissenschafts- und Technologie-Unternehmen beschäftigte technische Fachkräfte, in Firmen mit Auslandskapital beschäftigte Management- und technische Fachkräfte, Einzelgewerbetreibende, Privatunternehmer, Beschäftigte in intermediären Organisationen und

Selbständige. [...] Unter der Führung durch die Leitlinien, Prinzipien und Politik der Partei haben viele Angehörige dieser neuen sozialen Schichten durch ehrliche Arbeit oder rechtmäßige Geschäftsführung zur Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Gesellschaft insgesamt beigetragen. Gemeinsam mit Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Kadern sowie Offizieren und Angehörigen der Volksbefreiungsarmee helfen sie, den Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen.“⁷

Wie sich hier abzeichnet, besteht gewissermaßen der „theoretische Clou“ der Ausführungen Jiang Zemin darin, mittels der „Drei Repräsentationen“ die Frage der Entwicklung der Produktivkräfte in den Vordergrund zu stellen. Damit gelingt es ihm, die Gruppe der Unternehmer aufgrund ihres positiven Beitrags zur Entwicklung der Produktivkräfte [1] – und damit wiederum auch im Sinne einer Vertretung der „fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“ [3] – ohne Weiteres unter den Begriff der „Arbeiterklasse“ zu subsumieren. Demgegenüber wird die Frage der Produktionsverhältnisse hintangestellt, an der sich nach traditionellem marxistischem Verständnis – das bei der Mehrheit der Bevölkerung nach Jahrzehnten ideologischer Schulungen auch fest verankert sein dürfte – eigentlich der kapitalistische Charakter der „Ausbeuterklasse“ der Unternehmer eindeutig festmachen müsste. Bezeichnenderweise verwendet Jiang in diesem spezifischen Kontext nicht den Begriff „Klasse“, sondern den Begriff der „sozialen Schicht“. War die Einbeziehung der Intellektuellen als „Kopfarbeiter“ in die „Arbeiterklasse“ schon vor Jahren eine erhebliche Leistung der kreativen Umdeutung marxistischer Konzepte, so dürfte diese Deutung der Unternehmer als „Management-Arbeiter“ und damit gewissermaßen als „Proletarier im Geiste“ – gemessen am marxistischen Selbstverständnis der Partei – von vielen geradezu als eine Persiflage wahrgenommen werden.

Jiang Zemin bleibt hier jedoch nicht stehen, sondern benennt darüber hinaus auch noch explizit die Qualifikationskriterien, die für eine Parteimitgliedschaft von Vertretern der genannten neuen „sozialen Schichten“ zu gelten hätten: „Das Hauptkriterium für die Zulassung einer Person in die Partei ist, ob sie sich bewusst für die Umsetzung der Parteilinie und des Parteiprogramms einsetzt und die Voraussetzungen für die Parteimitgliedschaft erfüllt. [...] Es ist nicht angemessen, die politische Integrität einer Person schlicht danach zu beurteilen, ob bzw. wie viel Vermögen sie besitzt. Man sollte sie besser nach ihrem ideologischen und politischen Bewusstsein und ihrem tatsächlichen Verhalten sowie danach beurteilen, wie sie zu ihrem Vermögen gekommen ist und zu welchen Zwecken sie es einsetzt, wie auch nach ihrem tatsächlichen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung.“⁸ Dem Wortlaut dieser Rede gemäß sollte einer Parteimitgliedschaft von Privatunternehmern, sofern sie entsprechender Verdienste und ideologische Qualifikationen nachweisen können, nichts mehr im Wege stehen.

⁵Ebenda.⁶Ebenda.⁷Ebenda.⁸Ebenda.

Theoretische Kontroversen

Pro-Argumente

Aus einer pragmatischen Sichtweise fiel es nun leicht, diesen theoretischen „Durchbruch“ Jiang Zemins als eine endlich vollzogene Anpassung an unabänderliche Tatsachen bzw. als zukunftsweisende Strategie für einen Machterhalt der KPCh unter veränderten sozioökonomischen Bedingungen aufzufassen. Für eine Vertretung der Unternehmerinteressen in der KPCh lassen sich etwa die folgenden Argumente ins Feld führen:

Zunächst finden mit der Zulassung in die Partei die unumstrittenen realen Leistungen der Privatunternehmer für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas auch offiziell Anerkennung und Würdigung. Nach jüngsten Statistiken betrug Ende 2000 die Zahl der Einzelgewerbetreibenden mehr als 25 Mio. und die der Privatunternehmen 1,7 Mio., darunter über 3.500 große private Firmengruppen, die insgesamt 24 Mio. Angestellte beschäftigten. Im vergangenen Jahr ist das vom privaten Sektor erwirtschaftete Sozialprodukt um 40% gewachsen und entspricht damit nun rund 20% des Bruttoinlandsprodukts; auch wurden im vergangenen Jahr 4,6 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.⁹ Demgegenüber dürfte der Anteil des nicht-staatlichen Sektors in den kommenden Jahren noch weiter zurückgehen.

Auch ist zu sehen, dass angesichts des rapiden Wandels der Produktions- und Beschäftigungsstrukturen, der durch den bevorstehenden Beitritt Chinas zur WTO noch beschleunigt werden dürfte, eine klare Unterscheidung der Eigentumsverhältnisse ebenso wie der Beschäftigungsverhältnisse immer schwieriger wird. Die traditionellen Kategorien der „Arbeiter“, „Bauern“, „Intellektuellen“ und anderer sozialer Gruppen etc. dürften damit zunehmend obsolet werden. Als umso realistischer erscheint daher die Entscheidung, die scharfe Abgrenzung von „Klassen“ als Grundlage für den Parteibeitritt aufzugeben.

Ein wichtiger Grund ist ferner, die privaten Unternehmer von der traditionellen negativen Einordnung als „Kapitalisten“, „Ausbeuter“, „Klassenfeinde“ und dergleichen zu entbinden und den latent immer noch vorhandenen Befürchtungen vor einem politischen „Klimawandel“ und möglicher politischer Verfolgung ein Ende zu setzen. Nach Aussage des Präsidenten des als Interessenvereinigung des Privatsektors ausgewiesenen Bundes für Industrie und Handel (engl. *All-China Federation of Industry and Commerce*, ACFIC), Jing Shuping, hätten derartige Befürchtungen in den vergangenen Jahren zunehmend zu Kapitalflucht ins Ausland und zur Zurückhaltung individueller Investitionen geführt.¹⁰

Aus der Perspektive der Partei schließlich brächte die Aufnahme von Privatunternehmern den positiven Effekt einer Erweiterung der sozialen Basis der KPCh – und zwar um eine höchst finanzkräftige Gruppe. Zugleich würden damit im Sinn der „Einheitsfrontpolitik“ auch die Möglichkeiten der Partei verbessert, auf diese gesellschaftlich

⁹Ye Tan, „Beijing mianlin ruhe duidai zichan jie de wenti“ [Beijing sieht sich dem Problem gegenübergestellt, wie mit der kapitalistischen Klasse umzugehen ist], in: JB, 2001/7, S.21-23, hier S.21; vgl. NZZ, 21.7.2001.

¹⁰SCMP, 2., 6., 20.7.2001; IHT, 2.7.2001; NZZ, 21.7.2001; *The Economist*, 11.8.2001, S.45/46.

zunehmend wichtige Gruppe ideologischen Einfluss und gegebenenfalls auch Kontrolle über sie auszuüben.

Contra-Argumente

Mehrere Indizien sprechen aber dagegen, dass eine solche pragmatische Befürwortung der Öffnung der KPCh für Privatunternehmer sich in China ohne Weiteres durchsetzen wird. So fällt auf, dass das konkrete Thema der Parteimitgliedschaft von Privatunternehmern in der umfangreichen offiziellen Berichterstattung über die Rede Jiang Zemins meist systematisch ausgespart bleibt. Zahlreiche kampagnenartige Aufforderungen an verschiedene politische und gesellschaftliche Gruppen, Jiang Zemins Rede gewissenhaft zu studieren und die ideologische Einheit zu wahren, lassen auf erheblichen Dissens in den Reihen der Partei schließen. Hongkonger Quellen ist ferner zu entnehmen, dass die Medien des Landes – einschließend verschiedener Webseiten im Internet – im Vorfeld der Rede angewiesen worden sein sollen, die Frage nicht zu diskutieren und vor allem keine kontroversen Meinungen dazu zu veröffentlichen.¹¹ An derartigen Hiweisen wird die hochgradige Sensitivität des Themas deutlich.

So scheint es im Hinter- bzw. „Untergrund“ parteiinterner und akademischer „Insider“-Kreise eine ganze Reihe von Stimmen zu geben, die massive Einwände gegen eine Öffnung der KPCh für Privatunternehmer erheben. Diese Stimmen werden teilweise pauschalisierend der „konservativen Linken“ innerhalb der KPCh zugeordnet, was angesichts des offenbar breiten Spektrums der Gegenstimmen nicht ganz zutreffend erscheint. Genannt wurde etwa der „erkonservative“ Parteiveteran Deng Liqun (geb. 1914, noch im Amt eines Stellvertretenden Leiters der Führungsgruppe für Parteigeschichte), der angekündigt haben soll, eine entsprechende Abänderung des Parteistatuts der KPCh blockieren zu wollen.¹² Ebenso als Kritiker identifiziert wurden aber deutlich jüngere Parteivertreter, insbesondere solche, die in ihrer täglichen Arbeit mit dem Privatsektor befasst sind – so etwa der allgemein als reformfreudig bekannte Parteisekretär der Provinz Zhejiang (wo zudem der Privatsektor besonders weit entwickelt ist), Zhang Dejiang (geb. 1946) oder der Stellvertretende Parteisekretär der Provinz Jilin, Lin Yanzhi (geb. 1957).¹³ Von den beiden Letzteren sind jeweils höchst kritische Artikel bekannt geworden, die diese im Verlauf des vergangenen Jahres in theoretischen Parteizeitschriften veröffentlicht haben¹⁴ (eine der Zeitschriften, die unter an-

¹¹*Ming Pao* (Internet-Version), 23.7.2001, nach FBIS, 23.7.2001; vgl. auch *The Economist*, a.a.O.

¹²Art. 1 des Parteistatuts begrenzt die Parteimitgliedschaft folgendermaßen: „Jeder chinesische Arbeiter, Bauer, Armeegehörige, Intellektuelle oder andere evolutionäre Mensch, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, kann die Aufnahme in die Kommunistische Partei Chinas beantragen [...]“ (abgedruckt in *Beijing Rundschau*, Nr.38, 21.9.1982). Unklar ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ob die Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei mittelfristig tatsächlich eine Abänderung des Parteistatuts verlangt.

¹³IHT, 2.7.2001; vgl. auch Ye Tan, „Beijing mianlin ...“, a.a.O.

¹⁴Zhang Dejiang, „Einige Fragen, die im Hinblick auf eine Stärkung des Parteiaufbaus in nichtöffentlichen Unternehmen zu studieren und zu lösen sind“, orig. in: *Dangjian yanjiu* [Forschung zum Parteiaufbau], no. 4/2000, exerpiert in: *Zhenli de zhuiqiu* [Streben nach der Wahrheit], 11.5.2001, nach BBC PPF, 15.7.2001; Lin Yanzhi, „Wie die Kommunistische Partei die kapitalistische Klasse ‚anführen‘ sollte“, in: *Shehui kexue zhanqian* [Sozialwissenschaft-

derem einen kritischen Artikel von Zhang Dejiang veröffentlicht hatte, wurde inzwischen bis auf weiteres eingestellt)¹⁵. Wenn auch davon auszugehen ist, dass die beiden Artikel nur einen kleinen Ausschnitt aus der kontroversen Debatte darstellen, sollen hier dennoch die Hauptkritikpunkte kurz zusammengefasst werden:

Bereits Mitte des vergangenen Jahres wandte sich Zhang Dejiang in aller Deutlichkeit gegen eine Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei. Zwar käme der Mehrheit der Privatunternehmer in China tatsächlich eine positive Rolle in der Hebung der wirtschaftlichen Produktivität und des Lebensstandards der Bevölkerung zu. Auch sei gut verständlich, dass einige von ihnen durchaus daran interessiert seien, der KPCh beizutreten, um sich politisch zu betätigen. Jedoch sei ganz klar festzuhalten, dass Privatunternehmer aus der Perspektive der Eigentumsverhältnisse Privateigentümer von Produktionsmitteln seien und mit den werktätigen Massen in einem eindeutigen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis stünden. Als solche könnten sie gemäß dem Parteistatut, das die KPCh als „Vorhut der Chinesischen Arbeiterklasse“ definiert, in keinem Fall in die Partei aufgenommen werden. Die Privatunternehmer stattdessen als Vertreter der fortschrittlichen Produktivkräfte umzudefinieren und ihnen so den Weg in die Partei zu öffnen, zeuge von einer Verwirrung des Denkens.

Sollten Privatunternehmer tatsächlich Aufnahme in die Partei finden, so würde nach Meinung Zhang Dejiangs der Charakter der Partei erheblich verwässert werden, und sie verlöre ihr Profil als Vertreterin der Arbeiterklasse. In diesem Falle stehe zu befürchten, dass sich in der Bevölkerung eine Auffassung breit machen würde, wonach derjenige als Parteimitglied qualifiziert sei, der über ausreichend Geld verfüge. Dies wiederum würde zu einer Entfremdung des Volkes von der Partei und zu einem erheblichen Vertrauensverlust führen – die KPCh könnte so schließlich in eine Situation kommen, in der sie ernsthaft um ihre Massenbasis bangen müsse.¹⁶

Lin Yanzhi geht in seiner in einem Artikel vom Juni dieses Jahres formulierten Kritik noch weiter, indem er explizit von einer aufkommenden „kapitalistischen Klasse“ in China spricht. Diese sei keineswegs ein zufälliges Produkt der Reformperiode, sondern von Vertretern der Kommunistischen Partei gezielt „herangezüchtet“ worden. Ziel der Wirtschaftsreformpolitik unter Deng Xiaoping sei es gewesen, die positiven Elemente und Anreizmechanismen des Kapitalismus, deren Vorteile sich im internationalen Vergleich erwiesen hätten, in den Dienst der sozialistischen Marktwirtschaft zu stellen, nachdem das Scheitern der Planwirtschaft – insbesondere am sowjetischen Beispiel – offenkundig geworden war. Die Tatsache, dass die kapitalistische Klasse in China ihr eigentliches Entstehen der KPCh verdanke, stelle die Partei vor die besondere Verantwortung, jenen „Geist“, den sie damit gewissermaßen aus der Flasche gelassen habe, auch zu kontrollieren, um zu verhindern, dass dieser sich der politischen

Kontrolle bemächtige. Daher gelte es, die Existenz einer kapitalistischen Klasse in China klar und selbstbewusst einzugestehen – und nicht „wie eine Pipa-Spielerin scheu das Gesicht hinter dem Instrument zu verbergen“. Nur durch ein offensives Bekenntnis könnte klargestellt werden, „wer vor wem Respekt hat“ und „wer wen anführt“. Die Grenzen müssten klar gezogen werden; Parteimitglieder, die inzwischen eine Unternehmertätigkeit übernommen hätten, fordert der Autor dazu auf, aus der Partei auszutreten. In dieser Frage dürfe es keinen „Durchbruch“ geben, weil dies einem „Durchbrechen“ der Grundlinie der Partei, ihres Wesens und ihres Auftrags gleichkäme.

Werde die Grenzziehung zwischen „uns“ und „ihnen“ nicht klar vollzogen und sollten Privatunternehmern Wege eröffnet werden, in Partei und Regierung zu Einfluss und womöglich gar zu politischer Macht zu gelangen, so sehe die KPCh nach Auffassung Lin Yanzhis einem fatalen Schicksal entgegen. Die Einheit der Partei würde zerbrechen und stattdessen ein fragmentiertes politisches Gebilde entstehen, das nicht mehr in der Lage sein würde, die nationalen Interessen des Landes nach außen zu verteidigen und nach innen angemessen umzusetzen; ein Zurückfallen Chinas im internationalen Maßstab, gesellschaftliches Chaos und wirtschaftlicher Niedergang wären die unweigerliche Folge. Kapitalistische Ausbeutung wäre dann als legitim erklärt und politische Macht würde durch Geld erkaufte werden. Zwietracht würde gesät, und die Werktätigen verlören zwangsläufig ihr Vertrauen in die KPCh, von der sie sich nicht länger vertreten fühlen könnten. Die Reform- und Öffnungspolitik würde schließlich ihren Zweck verfehlen, indem sie „für andere Brautkleider schneidere“. Spätestens dann würde sich die „sozialistische Marktwirtschaft“ als Sackgasse erweisen.¹⁷

Diese nostradamischen Worte reflektieren die starke Verunsicherung, die die Frage einer Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh ausgelöst hat. Während von manchen Parteimitgliedern die Vorstellung, zukünftig „Kapitalisten“ als gleichberechtigte „Genossen“ neben sich dulden zu sollen, als persönliche Zumutung empfunden werden dürfte, scheinen sich andere ernsthaft um die politische Herrschaftsfähigkeit der KPCh zu sorgen. In jedem Fall rührt die jüngste Ankündigung Jiang Zemins an den „Nerv“ der Kommunistischen Partei und stellt ihre bisherige Identität stark in Frage. Es ist schwer zu ermessen, wie groß angesichts dieses Identitätskonflikts das Widerstandspotenzial gegen Jiang Zemins theoretischen „Durchbruch“ innerhalb der Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch ist. Die Tatsache, dass das Thema nun mit der Rede Jiang Zemins öffentlich gemacht worden ist, lässt darauf schließen, dass die interne Diskussionsphase abgeschlossen ist und nun die Vorbereitungen für die statutorische und organisatorische Umsetzung getroffen werden. Es kann erwartet werden, dass wesentliche Schritte in diese Richtung auf der diesjährigen informellen Sommerklausur der Parteiführung in dem Badeort Beidaihe ab Ende Juli in die Wege geleitet werden.

liche Kampflinie] (Changchun), 20.6.2001, S.1-8, nach BBC PF, 17.7.2001.

¹⁵Es handelt sich um die Zeitschrift *Zhenli de Zhuiqiu* [Streben nach Wahrheit], die nach Erscheinen der Ausgabe Juli 2001 eingestellt worden ist; vgl. SCMP, 15.8.2001.

¹⁶Zhang Dejiang, a.a.O.

¹⁷Lin Yanzhi, a.a.O.

Praktische Konsequenzen

Schenkt man Hongkonger Quellen Glauben, so haben innerhalb von drei Wochen nach der Rede Jiang Zemin bereits über 100.000 Privatunternehmer einen Antrag auf Aufnahme in die gegenwärtig 64,5 Mio. Mitglieder¹⁸ starke KPCh gestellt. Innerhalb des kommenden Jahres, genauer bis zum 16. Parteitag der KPCh im Herbst 2001, sei geplant, 200.000 Privatunternehmer in die Partei aufzunehmen. Ab dem Jahr 2002 solle dann jährlich ein wachsendes Kontingent an Parteimitgliedern aus den Reihen des Privatsektors rekrutiert werden. Alle lokalen Parteiorganisationen seien angewiesen worden, die Rede des Generalsekretärs sorgfältig zu studieren und konkrete Schritte zu unternehmen, um die Inhalte der Rede umzusetzen.¹⁹

Für eine Einschätzung der möglichen praktischen Konsequenzen dieses Schrittes ist allerdings zunächst zu sehen, dass die Mitgliedschaft von Unternehmern in der KPCh faktisch keineswegs ein Novum darstellt. Denn im Zuge der Transformation des Staatssektors sind Kader aus früheren Staatsunternehmen, die häufig Parteimitglieder waren, in vielen Fällen in die Führungsebene von Unternehmen gewechselt, die nicht länger bzw. nicht mehr ausschließlich in staatlicher Hand sind. Wie bekannt ist, hat die Reform des staatlichen Unternehmenssektors seit den achtziger Jahren zahlreiche neue Unternehmensformen mit vielfältigen, zum Teil undurchsichtigen Eigentumsformen entstehen lassen, wie etwa staatliche Firmengruppen und Holdinggesellschaften, im „Vertragsverantwortungssystem“ (*chengbaozhi*) betriebene Unternehmen, die formal meist kollektiv, tatsächlich aber privat betriebenen ländlichen Kleinbetriebe (TVEs, Township and Village Enterprises), schließlich in den vergangenen Jahren in schnell wachsender Zahl auch Aktiengesellschaften verschiedenen Zuschnitts.

Gemäß einer Erhebung aus dem Jahr 2000 lag der Anteil ehemaliger Kader an der weit gefassten Gruppe privater Unternehmer landesweit je nach Firmengröße bei bis zu 46% (20% bei einer Kapitalausstattung von unter 10 Mio. RMBY; 29% bei einer Kapitalausstattung zwischen 10 Mio. und 100 Mio. RMBY; 46% bei einer Kapitalausstattung von über 100 Mio. RMBY).²⁰ Viele dieser ehemaligen Kader, die zu einem früheren Zeitpunkt der KPCh beigetreten waren, haben ihren Status als Parteimitglieder keineswegs verloren, sodass bereits heute ein signifikanter Anteil der KPCh-Mitglieder faktisch Unternehmerinteressen vertritt. Informell werden vier Gruppen von so genannten „Kapitalisten mit kommunistischer Mütze“ unterschieden, die faktisch schon Parteimitglieder sind: (1) erfolgreiche Privatunternehmer, die aufgrund ihrer lokalen Prominenz und Bedeutung für die kommunale Wirtschaft die Aufnahme in die KPCh erwirkt haben; (2) pensionierte oder aus ihren bisherigen Arbeitsstellen im staatlichen Sektor freigesetzte Kader, die nun kommerziellen Tätigkeiten nachgehen (*xiahai*); (3) Kader in ländlichen Kleinstädten, Gemeinden und Dörfern, die ehemalige staatliche oder kollektive kommunale Betriebe in Eigenregie übernommen haben; sowie (4) Parteikader in regulären Ämtern innerhalb des staatlichen Wirtschafts-

und Verwaltungssektors, die illegal Beteiligungen an Unternehmen erwerben oder sich anderweitig Zugang zu Unternehmensgewinnen verschaffen.²¹

Ebenfalls nicht neu ist das Bemühen der Partei, ihren Einfluss auch in privaten Unternehmen geltend zu machen. So ordnete Jiang Zemin im Mai vergangenen Jahres an, dass alle Unternehmen des nichtstaatlichen Sektors mit mehr als drei Parteimitgliedern innerhalb der Belegschaft, sobald „die Bedingungen reif“ seien, Parteizellen einzurichten hätten. Aufgabe dieser Basisorganisationen der Partei solle es sein, die Unternehmer zu „vereinen, erziehen und anzuleiten“ und im Verein mit den Parteizellen auf die Wahrung der Interessen der Belegschaft zu achten. Übergeordnetes Ziel dabei sei es, die Partei in die Lage zu versetzen, Chinas Modernisierung zu steuern und die wirtschaftliche Kraft des Landes im verschärften internationalen Wettbewerb zu schützen.²² Nach jüngsten Statistiken sollen landesweit bereits 44.000 Parteizellen und -komitees in Privatunternehmen gegründet worden sein, davon allein 10.000 (mit 150.000 organisierten Parteimitgliedern) in der Küstenprovinz Zhejiang.²³

Nach der Auswirkung der Regelung vom Mai 2000 befragt, antworten Privatunternehmer typischerweise, dass größere Unternehmen, sofern sie über eine zahlenmäßig relativ große Belegschaft verfügten, ohnehin bereits zumeist Parteizellen eingerichtet hätten. Aus ihrer Sicht übernahmen die Parteiorganisationen im Wesentlichen die Aufgaben eines Betriebsrats; bei ausreichender Geschicklichkeit ließen sie sich auch dafür einsetzen, bestimmte Disziplinierungsmaßnahmen und andere „unangenehme“ Aufgaben unter den Angestellten zu übernehmen. In ihren Managemententscheidungen fühlten sich die Unternehmer dadurch keineswegs beeinflusst. Ein Unternehmer erklärte gar, wie er zum einen die Aktienanteile an seiner Firma taktisch über verschiedene Familienangehörige und zentrale Ansprechpartner in der kommunalen Verwaltung verteilt, und wie er zum anderen, da er selbst Parteimitglied sei, als Sekretär der Parteizelle (*zhibu shuji*) in seiner Firma fungiere, um die Zügel in der Hand zu behalten.²⁴ Aus dem Bezirk Qingpu der Stadt Shanghai wurde bekannt, dass in 36 von insgesamt untersuchten 52 Privatunternehmen mit Parteizellen die Unternehmer selbst das Amt des Parteizellensekretärs übernommen hätten.²⁵ Solche Beispiele illustrieren, dass Privatunternehmer es durchaus verstehen, sich mit den von der Partei an sie herangetragenen Anforderungen zu arrangieren.

Vor diesem Hintergrund deutet sich an, dass der von Jiang Zemin nun vollzogene Schritt einem längerfristigen Trend der Parteipolitik entspricht, die private Unternehmerschaft zu kooptieren. Die zugrundeliegende Strategie dürfte darin bestehen, die Vertreter des dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Teils der Wirtschaft nicht von der Teilhabe an der politischen Macht auszuschließen – und so womöglich ein politisches Oppositionspotenzial heranwachsen zu lassen –, sondern diese vielmehr in die

²¹Ye Tan, „Laoban dangyuan' ...“, a.a.O., S.21.

²²Xinhua, 15.5.2000, nach SWB FE/D3842/CNS 170500; SCMP, 16.5.2000; IHT, 16.5.2000.

²³XNA, 3.7.2001.

²⁴Gespräche der Autorin mit verschiedenen chinesischen Privatunternehmern im Juni 2000 und Mai 2001.

²⁵Ye Tan, „Laoban dangyuan' ...“, a.a.O., S.21.

¹⁸Siehe C.a., 2001/6, Ü 12.

¹⁹Ming Pao, 23.7.2001, nach FBIS, 23.7.2001.

²⁰Ye Tan, „Beijing mianlin ...“, a.a.O., hier S.22.

Reihen der KPCh zu integrieren, um sich ihrer Loyalität zu versichern und ihre sozioökonomische Potenziale verfügbar zu machen. Wie jede Kooptationsstrategie beinhaltet sie damit zwei Wirkungsrichtungen: Zum einen wird der Kontrollzugriff der Partei auf die Privatunternehmer verstärkt, zum anderen werden die Möglichkeiten einer politischen Teilhabe der Privatunternehmer in der Partei verbessert.

Verstärkter Kontrollzugriff der Partei

Die schrittweise und schwer errungene Autonomie des privaten Sektors, die sich bislang in weitgehend unabhängigen Managemententscheidungen niederschlägt, könnte durch die Kooptation empfindlich beschnitten werden. Je nach dem Grad der Druckausübung auf Unternehmer könnten ideologische und organisatorische Anforderungen mit betriebswirtschaftlichen Kriterien interferieren. Zwar scheint man grundsätzlich aus den planwirtschaftlichen Erfahrungen gelernt zu haben, dass revolutionäre Qualifikationen keineswegs ein effizientes Unternehmensmanagement gewährleisten. Trotz dieser Erfahrung könnten unternehmerische Entscheidungen in Zukunft jedoch wieder verstärkt unter den prägenden Einfluss der Partei gelangen.

Bekannt ist das Problem parteistaatlicher Einmischung bereits seit längerem in größeren Aktienunternehmen, die auf dem chinesischen oder gar internationalen Aktienmarkt vertreten sind. Über die Regierungsbehörden, die in den meisten Fällen eine Mehrheitsbeteiligung an den Aktien halten, übt die Partei einen für die Anleger zumeist nicht transparenten Einfluss auf das Unternehmensmanagement aus. Oft werden die unternehmensinternen Parteikomitees von Vorstandsmitgliedern des Unternehmens geleitet und haben ihre Büros auf derselben Etage wie das Topmanagement.²⁶ Aber auch kleinere private Unternehmen geraten zunehmend in den Einflussbereich der Partei. So wurden seit Beginn dieses Jahres Privatunternehmer im Rahmen einer großangelegten landesweiten Kampagne unter dem Motto „Vermögend sein und doch an die Quelle [des Vermögens] denken; zu Wohlstand kommen und doch an die Entwicklung denken“ (kurz auch „Zwei Gedenken“, *liang si*) moralisch mobilisiert. Implizites, teilweise auch explizites Motiv dabei ist es, die Zielgruppe zu ermuntern, sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst zu werden, und dies durch eine finanzielle Beteiligung an philanthropischen Aktivitäten zum Ausdruck zu bringen.²⁷

Ferner könnte die Kooptation der Privatunternehmer in die Partei dazu führen, dass sich die bereits bestehenden Strukturen eines „Kaderkapitalismus“ noch verfestigen und auch im Privatsektor zunehmend verankert werden. Hängt bereits jetzt der Zugang zu knappen Ressourcen und günstigen Bankkrediten sowie die Notierung eines Unternehmens auf dem Aktienmarkt zumeist von guten Netzwerkbeziehungen zu Angehörigen von Partei- und

Regierungsbehörden ab,²⁸ so könnte sich dieser Trend in Zukunft noch verstärken. Wird Privatunternehmern die Chance der Mobilität „nach oben“ in die Partei nun offiziell eröffnet, könnte sich diese Chance bald als ein Sinequa-non für ein erfolgreiches Unternehmensmanagement erweisen. Die diskriminierenden Strukturen, durch die bisher der private Wirtschaftssektor insgesamt benachteiligt wurde, könnten sich dann verstärkt gegen jene Privatunternehmer richten, die der Partei – noch – nicht beigetreten sind. Die Folge wären weitere Wettbewerbsverzerrungen im Privatsektor.

Verbesserte Möglichkeiten politischer Teilhabe

Als Kehrseite der Medaille dürfte die Kooptation in die Partei Privatunternehmern künftig durchaus verbesserte Möglichkeiten eröffnen, ihre Interessen effektiver zu vertreten und an relevanten politischen Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Bislang war für die Vertretung privater Unternehmerinteressen fast ausschließlich der Kanal der „politischen Partizipation und Diskussion“ (*canzheng yizheng*) über die Politische Konsultativkonferenz vorgesehen, der traditionell auf die Weiterreichung wohlwollender, selten kritischer Ratschläge beschränkt war. Wenn die Arbeit der Politischen Konsultativkonferenz ebenso wie die des NVK in den letzten Jahren im Allgemeinen tendenziell auch an Effizienz und Attraktivität gewonnen hat, so fühlen sich gerade Privatunternehmer durch diese beiden Organe doch erheblich unter- bzw. fehlrepräsentiert. Wie sich bereits in einzelnen Fällen abzeichnet, suchen Unternehmer zum Teil gezielt die Nähe zur Partei, um ihren Interessen besser Gehör zu verschaffen. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, welche Zukunft der Politischen Konsultativkonferenz, die ja als Auffangbecken für nicht in der KPCh vertretene gesellschaftliche Interessen konzipiert ist, beschieden sein wird, wenn Unternehmern nun der direkte Weg in die KPCh eröffnet wird.

Mittel- und längerfristig könnte die Kooptation von Privatunternehmern in die Partei, wie oben bereits entworfen, dazu beitragen, dass einige von ihnen in politisch verantwortungsvolle Partei- und Regierungsämter rekrutiert werden. Dies könnte, wie Kritiker befürchtet haben, tatsächlich zu einer verstärkten „Politik des Geldes“ führen. Ob eine solche aber unweigerlich eine weitere „Korruption“ der Politik mit sich bringen muss, oder ob die Hebung kommerzieller Interessen ans „Licht“ der Tagespolitik nicht umgekehrt vielleicht dazu beitragen könnte, die bisher intransparenten in transparente Netzwerkstrukturen zu verwandeln, ist ungewiss. Grundsätzlich wäre es durchaus vorstellbar, dass Unternehmensvertreter, die in Zukunft – vielleicht sogar über ansatzweise demokratisch legitimierende Wahlverfahren – in politische Ämter aufrücken könnten, positive Beiträge zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler oder gar zentraler Ebene zu leisten in der Lage wären.

Für die Zukunft der KPCh selbst könnte dies bedeuten, dass die Partei nicht nur einen nachhaltigen Identitätswandel, sondern auch einen politischen und gesell-

²⁶ FT, 2.7.2001

²⁷ Informationen aus Gesprächen der Autorin mit verschiedenen chinesischen Privatunternehmern und Vertretern des Bundes für Industrie und Handel (All-China Federation of Industry and Commerce, ACFC) im Mai 2001.

²⁸ Vgl. FT, 2.7.2001.

schaftlichen Rollenwandel von großer Tragweite erfährt. Diese könnte sich zukünftig selbst weniger als revolutionäre „Vorhut der Arbeiterklasse“ denn im Sinne einer „Volkspartei“ begreifen, die ihrem Anspruch, die Interessen der breiten Bevölkerung zu vertreten, nicht mehr durch ideologische Klassenabgrenzungen, sondern durch ihre reale Wirtschaftspolitik gerecht zu werden versucht. Die Konturen eines solchen Rollenwandels zeichnen sich gegenwärtig etwa in einer ebenfalls parteiintern geführten Debatte darüber ab, ob das Modell der Sozialdemokratie – etwa wie in Deutschland verwirklicht²⁹ – auch für China eine Option darstellen könnte. Wenn auch bislang vollkommen vage bleibt, was unter einer „Sozialdemokratie chinesischer Prägung“ (d.A.) zu verstehen wäre, signalisiert die Debatte selbst, dass eine zukünftige Aufweitung des revolutionären Selbstverständnisses der KPCh durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Jedoch macht die oben aufgezeigte theoretische Kontroverse um eine Öffnung der Partei für Privatunternehmer zugleich deutlich, wie hoch die ideologischen Barrieren auf dem Weg zu einer neuen politischen und gesellschaftlichen Rolle der KPCh sind.

²⁹Im Oktober 2000 besuchte eine Abordnung der KPCh die Parteizentrale der SPD in Deutschland, wo man sich im Besonderen für das deutsche Modell der Sozialdemokratie und Reformmaßnahmen der SPD interessierte; vgl. C.a., 2000/10, Ü 9.